

Die Unwahrheiten des demokratischen Aufrufs.

Die Demokratie hat in den öffentlichen Blättern einen Wahlaufruf erlassen, in welchem sie die Wähler Stettins zur Wahl des Konsuls Müller auffordert. Wir finden dies ganz in der Ordnung und würden kein Wort darüber verlieren, wenn der Aufruf sich in den Schranken der Wahrheit hielte und sich nicht herbeilasse die größten Unwahrheiten zu veröffentlichen, um dadurch die Bürger Stettins irre zu leiten. Es muß unsere Aufgabe sein diese Unwahrheiten nachzuweisen und dadurch die Vorspiegelungen unserer demokratischen Partei zu entlarven. Die folgenden Zeilen sollen diesem Zwecke dienen. Wir können dabei um so offener und unparteilicher zu Werke gehen, als wir selbst weder zu der Partei des Konsuls Müller noch zu der des Redakteurs Michaelis gehören, und in vielen Punkten der inneren Verfassungsfragen zu ihren prinzipiellen Gegnern zählen.

Die demokratische Partei Stettins hebt an dem Herrn Konsul Müller eine Reihe von Eigenschaften hervor, um derentwillen sie ihm die Stimme gebe und ihn dem Herrn Redakteur Michaelis vorziehe; sie behauptet also, daß der Herr Michaelis diese Eigenschaften nicht oder doch in geringerem Grade besitze und macht diesem daraus einen Vorwurf, weshalb sie ihn nicht wähle. Prüfen wir also die einzelnen Eigenschaften, welche die demokratische Partei an Müller rühmt, an Michaelis tabelt.

Müller, sagt sie, sei ein Mann von anerkannter Ehrenhaftigkeit und Charakterfestigkeit, Herr Michaelis nicht. Das ist die erste Unwahrheit des demokratischen Wahlaufrufs. Herr Michaelis hat sich in den letzten Sitzungen als ein durchaus unabhängiger und fester Charakter gezeigt, der seinen Weg und seine klar durchdachte Ueberzeugung trotz des Geschreies seiner beschränkten politischen Freunde in der Provinz unbeirrt verfolgt und ausgesprochen hat. Herr Müller, dessen Ehrenhaftigkeit wir durchaus anerkennen, hat keine Probe solcher Charakterfestigkeit gegeben. Er hat seine Vaterstadt verlassen, obwohl er an ihr mit Liebe hängen soll; er hat die Stelle bei einer bekannten Handelsgesellschaft nicht angenommen, obwohl er deshalb nach Berlin gezogen war; er hat die Stelle als Direktor bei der Diskont-Gesellschaft und als Stadtrath Berlins abgelehnt, weil seine Gesundheit zu geschwächt sei und Schonung bedürfe und bewirbt sich doch um die Stelle eines Abgeordneten zum norddeutschen Reichstage, obwohl diese Stellung ungleich anstrengender und aufreibender ist. Wir finden hier keine Probe von Charakterfestigkeit, welche Herrn Müller den Vorzug vor Herrn Michaelis gebe.

Die Demokratie behauptet ferner, die Thätigkeit und Arbeitskraft des Herrn Müller in parlamentarischen Versammlungen sei erprobt, die des Herrn Michaelis weniger. Auch das ist eine wissenschaftliche Unwahrheit. Das Verdienst des Herrn Müller in unserm Abgeordnetenhaus beschränkt sich darauf, daß er geschwiegen hat, wo Herr Michaelis redete, daß er in Kommissionen nur wenig thätig gewesen ist, und soviel wir wissen, nur einmal zu Gunsten des Herrn Reichenheim in Schlessen das Wort ergriffen hat. Dagegen ist Herr Michaelis bekanntlich in vielen Kommissionen thätig gewesen, und haben selbst seine Gegner die Arbeitskraft desselben anerkannt. Sind die Herren welche den demokratischen Wahlaufruf unterzeichnet haben, so wenig über die Vorgänge im Abgeordnetenhaus unterrichtet, daß sie dies nicht wissen, oder wünschen sie Stettin durch einen möglichst schweigsamen Abgeordneten vertreten zu sehen?

Der demokratische Aufruf behauptet ferner, Herr Müller sei eine Autorität in Handelsachen, Herr Michaelis dagegen nicht. Aber in Wahrheit kennt Jedermann wohl die Autorität der „Nationalzeitung“ in Handelsachen, deren Redakteur Herr Michaelis ist, wogegen von einer Autorität des Herrn Müller nichts bekannt ist. Oder hat Herr Müller sein Licht nur unter den Scheffel gestellt und seine Autorität im Geheimen durch beharrliches Schweigen begründet? Wir bitten die Unterzeichner jenes Aufrufs und doch die Schriften namhaft zu machen, durch welche Herr Müller seine Autorität begründet hat. Oder beziehen sie sich auf die Briefe des Herrn Müller an seine Wähler, über deren Ursprung bekanntlich gewisse Gerüchte umlaufen?

Der demokratische Aufruf behauptet ferner, in allen Fragen im Abgeordnetenhaus sei die Stimme des Herrn Müller von Gewicht gewesen, die des Herrn Michaelis nicht. Nun, da 350 Abgeordnete im Abgeordnetenhaus sind, so hat die Stimme des Herrn Müller stets $\frac{1}{350}$ Gewicht gehabt, das wissen wir alle, soviel wiegt jede andere Stimme auch. Aber mehr hat auch die des Herrn Müller nie gewogen, oder meinen die Unterzeichner des Aufrufs, Herr Müller habe durch die Beredsamkeit seines Schweigens die Stimmen der andern Abgeordneten beeinflusst? Die Herren sollten sich doch mit solchen Phrasen billiger Weise nicht vor ihren Mitbürgern lächerlich machen. Daß Herr Michaelis einen bedeutenden Einfluß auf die Stimmen der andern Abgeordneten ausgeübt hat, das weiß außer jenen Unterzeichnern Jedermann, während von dem Einflusse des Herrn Müller nur die Phantasie der Herren Unterzeichner zu erzählen weiß.

Der demokratische Aufruf erzählt uns endlich von der innigen Liebe, mit der Herr Müller an seiner Vaterstadt Stettin hängt, Herr Michaelis natürlich nicht. Nun freilich, das ist rührend und wird gewiß auf die Arbeiter einen tiefen Eindruck machen. Diese Behauptung können wir auch nicht widerlegen, da wir nicht dem Herrn Müller ins Herz schauen können. Die Liebe lassen wir daher gelten; nur schade, daß seine Großen, welche er in Stettin erworben, nicht auch von seiner Liebe ergriffen sind, und den Weg nach Stettin zurücknehmen, von wo sie gekommen sind, nur schade, daß Herr Müller es vorzieht, sein in Stettin erworbenes Vermögen fern von der Heimath zu verzehren. In unsern Augen

nimmt dieser kleine Umstand seiner rührenden Liebe allen Werth und wir fürchten, daß dies auch in den Augen vieler Anderer der Fall sein dürfte.

Deutschland.

□ Berlin, 10. Februar. Die Konferenz der norddeutschen Bundesstaaten hat vorgestern ihren materiellen und gestern auch den formellen Abschluß gefunden. Durch das Zusammentreffen des Schlusses der Bundeskonferenzen und des preussischen Landtags war allerdings reiche Veranlassung geboten zu einem erfreulichen Rückblick in der Thronrede auf die politischen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit. Die glückliche Erledigung aller wesentlichen Aufgaben der Konferenz legt nicht nur ein ehrendes Zeugniß für die Geschicklichkeit unserer leitenden Staatsmänner, sondern auch für das Gewicht des preussischen Staates ab, ohne welches eine Vermittlerrolle zwischen so vielfach auseinandergehenden Interessen wohl schwerlich den erzielten Erfolg hätte haben können. — Die Thronrede, kurz und gedrängt in der Form, aber reichen Inhalts und viele wichtige Dokumente der segensreichen Entwicklung des preussischen Staatslebens umfassend, entspricht dem Charakter des Monarchen sowohl, dessen Auffassung sie kundgibt, wie auch dem Charakter der ereignisreichen und verheißungsvollen politischen Situation. — Als ein Zeichen der Zeit und der veränderten Verhältnisse gegen früher darf auch die allerdings berechnete Hinweisung auf den Präsidenten des Abgeordnetenhauses in der Schlussrede hervorgehoben werden, auf die in den wichtigsten Fragen erzielte Uebereinstimmung aller drei gesetzgebenden Faktoren. Man muß gerechter Weise anerkennen, daß auch das Herrenhaus zur glücklichen Lösung der Aufgaben dieser Session bereitwillig die Hand geboten hat. — Von Hannover wird gemeldet, daß der Regierungsrath Bredow nach Erledigung seiner Mission, einer Umwandlung der dortigen Domänenverwaltung nach altpreussischen Prinzipien, von dort wieder abgereist sei. Der wesentliche Inhalt dieser Nachricht findet allerdings hier seine Befestigung. — Unter dem Titel: „Vermittlungs-Vorschläge zur Reform der hannoverschen Verwaltung“ ist in Hannover (wenn ich nicht irre Plabnersche Buchhandlung) ein beachtenswerthes Schriftchen erschienen, welches sehr eingehend und mit vieler Sachkenntnis die dortigen Verwaltungs-Verhältnisse bespricht. Es wird darin eine Umwandlung der Verwaltung nach preussischem Muster für nöthig gehalten, weil die bestehende Organisation verhältnismäßig die Arbeitskraft zu sehr zersplittern würde und bedeutend kostspieliger sei als die preussische Verwaltungs-Einrichtung. — Bei dem Heranrücken der Wahlen nach einem neuen Modus kommen noch verschiedene Zweifel zur Sprache. Die Frage z. B., ob das Wahlrecht durch einen dabei begangenen Formfehler für diese Wahl verloren gehe? ist dahin entschieden worden, daß in solchem Falle unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften, also auch innerhalb der bestimmten Zeit unter Verichtigung des Formfehlers die Wahlstimme nochmals abgegeben werden kann. — Der Minister des Innern hat auch eine statistische Erhebung über die Vorgänge und Ergebnisse der Wahl, namentlich aber die Zahl der Stimmberechtigten eines Wahlkreises und Bezirkes, über die abgegebenen Stimmen und die Stimm-Vertheilung angeordnet. — Das Bureau der Central-Ausstellungskommission ist bereits nach Paris abgereist. — Zum Gesandten in Petersburg ist Prinz Reuß, in München Freiherr von Berthorn, in Dresden Herr v. Eichmann, in Stuttgart Herr von Rosenbergh ernannt worden.

— Der Ministerpräsident Graf Bismarck ging am Freitag, nach Aufhebung der Tafel im königlichen Palais, in das Hotel Royal, begrüßte im Auftrage des Königs die hier zu einem Abschied-Diner versammelten Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes und brachte ein Hoch aus auf die deutschen Fürsten, die freien Städte und auf das deutsche Volk. Wie wir hören, wurden während des Diners folgende Toaste ausgebracht: von dem sächsischen Minister von Friesen auf den Geheimrath von Savigny, den gewandten und umsichtigen Leiter der Verhandlungen, vom Geheimrath v. Savigny auf den Segen des Werkes ihrer Hände; vom sächsischen Minister v. Friesen auf das gegenseitige Vertrauen, das dem Werke nur Gebelien und Segen verleihen könne; von dem hessischen Gesandten Hoffmann auf das einige Deutschland; vom mecklenburgischen Staatsminister v. Derzen auf den König, den Schutz, Schirmherrschaft und den Stolz Deutschlands; vom Geheimrath v. Savigny auf die norddeutsche Armee. Derselbe erklärte in Gegenwart des Grafen Bismarck, daß nicht ihm, wie gesagt, Ehre und Dank gebühre, sondern dem Ministerpräsidenten, der die Seele des ganzen Werkes gewesen sei. Noch denselben Abend hatte Herr v. Savigny beim König Vortrag.

— In dem neuesten „Militär-Wochenblatt“ wird vom Kriegs-Ministerium, Abth. für das Invalidenwesen, bekannt gemacht, daß Ende Januar c. für das Invalidenhaus zu Berlin 11, für das Invalidenhaus zu Stolp keine Veteranen als Expektanten notirt waren.

— In Betreff Sachsens verlautet, Preußen habe mit Rücksicht auf das dem Könige von Preußen im Krieg und Frieden zusehende Dislokationsrecht auf das Besatzungsgesetz in Dresden verzichtet.

— Im „Stuttgarter Beobachter“ vom 30. v. M. ist wieder das Gerücht von preussischen Emissären in Lothringen und dem Elsaß zum Vorschein gekommen, und zwar diesmal mit dem Zusatz, daß diese Leute dort von der französischen Polizei verhaftet und ohne alle Umstände — ohne Prozeß, ohne Urtheil — nach Cayenne transportirt worden seien! Es braucht kaum, sagt die „N. A. Z.“, wiederholt zu werden, daß diese Mittheilung eine freie Erfindung ist und aus derselben Quelle stammt, wie die Nachrichten ähnlicher Art, welche von einem Theile der belgischen Presse verbreitet wer-

den, um die Stimmung der Bevölkerung Frankreichs gegen Preußen aufzuregen.

— Der „Staats-Anzeiger“ enthält folgenden, vom gestrigen Tage datirten Artikel: Nachdem in den letzten Tagen das Einverständnis über die von einzelnen Bundes-Regierungen noch offen gehaltenen Fragen erzielt worden war, hat heute die allseitige Genehmigung des dem Reichstage vorzulegenden Verfassungsentwurfs von Seiten der Vertreter der Bundesstaaten stattgefunden, und ist somit die Verfassung des norddeutschen Bundes in ihren Grundzügen sicher gestellt. Die einzelnen Regierungen haben bereitwillig einen Theil ihrer Sonderrechte auf ein deutsches Gemeinwesen übertragen, welches seinen Mitgliedern Sicherheit, und dem deutschen Volke eine nationale Entwicklung zu verbürgen befähigt sein wird. Die Bundesregierungen haben dies gethan im Vertrauen auf die Macht und die besonnene Festigkeit der preussischen Regierung, welche sowohl der inneren Entwicklung, als der Sicherheit nach außen eine feste Unterlage zu gewähren im Stande ist. Die preussische Regierung hat für die ihr zufallende obere Leitung der Bundesangelegenheiten nur dasjenige Maß von Rechten beansprucht, welches ihr im Interesse der Gesamtheit unentbehrlich schien und die Bundesgenossen Preußens haben diese Rechte in dem Vertrauen gewährt, daß diese maßhaltende Politik Preußens sich in den Verhandlungen mit dem Reichstage nicht verleugnen und das nationale Werk im bundesfreundlichen Wege und zur Befriedigung aller Beteiligten zum Ziele führen werde. Die Aufgabe der königlichen Regierung wird es sein, diesem Vertrauen zu entsprechen. Erfreulich ist für das zukünftige Gedeihen des unternommenen Werkes die Wahrnehmung, daß besonders in den Verhandlungen mit dem Königreich Sachsen auf beiden Seiten der Geist der Versöhnung vorgewaltet hat, welcher sich von den Erinnerungen an die Zerwürfnisse der Vergangenheit frei zu halten und sich ausschließlich den nationalen Aufgaben der Zukunft zuwenden weiß. Wir hoffen, daß auch die Verhandlungen des Reichstages von demselben Geiste der Versöhnung und Mäßigung getragen werden, der sich stets bewußt bleibt, daß es sich, wenn das Werk gelingen soll, in Zukunft nicht mehr um Eifersucht und Sonderbestrebungen der deutschen Stämme, sondern um die Verschmelzung derselben zu einem deutschen Gemeinwesen, unter gegenseitiger Achtung und Schonung der Eigentümlichkeiten eines jeden derselben, handeln darf. Was die Verhandlungen des Reichstages betrifft, so werden sie in derselben Weise und mit derselben Freiheit der Offenlichkeit anheimfallen, wie diejenigen des preussischen Landtages, und wird der Erfolg den Beweis liefern, daß die Betrachtungen, welche ein Theil der Presse in dieser Beziehung an die Verwerfung des Paur'schen Antrages im Herrenhause knüpft, der trüben Quelle des Parteitreibens ihren Ursprung verdanken.

Ausland.

Wien, 8. Februar. (Allg. Ost. Corr.) In Frohnsdorf, dem sonst so stillen Asyl des Grafen Chambord, ging es am Montag, den 4., etwas lebhaft zu. Es wurde nämlich durch den Nuntius, Erzbischof Falcinelli, die Trauung zwischen Don Carlos, Infant von Spanien und Margarethe, Prinzessin von Parma, Schwester des Herzogs von Modena und Nichte des Grafen Chambord vollzogen. Der Herr Herzog von Modena, der dieser hohen Feier anwohnte, weilt gegenwärtig in Wien.

Brüssel, 8. Februar. Die Arbeiterunruhen in der Gegend von Charleroi sind noch nicht beendigt. Sobald das Militär an einem Orte, wo Unruhen ausgebrochen sind, ankommt, hören sie daselbst auf, um gleich an einem anderen Punkte wieder auszubrechen. Man befürchtet, daß das noch eine Zeit lang dauern wird.

Paris, 8. Februar. Das Reglement über die Beziehungen des Senats und gesetzgebenden Körpers zum Kaiser und zum Staatsrath, so wie über die organisirten Bestimmungen in Bezug auf ihre Arbeiten ist im „Moniteur“ erschienen. Das betreffende Dekret trägt das Datum des 5. Februar. Eine Bestimmung von Belang, welche nicht schon in dem Dekrete vom 19. Januar wesentlich enthalten wäre, enthält das neue Reglement nicht, wofür nicht etwa die Herstellung der Rednerbühne dafür gelten soll. Alle Bestimmungen, die sich auf die Adress-Debatte bezogen, sind selbstverständlich gestrichen worden. Die neuen Bestimmungen sind, um das Wesentliche kurz zusammen zu fassen, folgende: 1. Anwesenheit der Minister in der Kammer; 2. Diskussion der Gesetze; 3. die Herstellung der Rednerbühne; 4. Zurückgabe des Interpellationsrechtes. In Bezug auf ersteren Punkt registriert das neue Reglement einfach die Artikel des Januar-Dekretes. Bei der Diskussion über die Gesetze ist eine nicht unwichtige neue Einrichtung die, daß das geheime Comité, in welchem die Gesetzentwürfe vor Erlangung in die Bureau der Kammer einer vorherigen summarischen Diskussion unterzogen werden, abgeschafft ist, so daß die Beratungen, welche in den Bureau vor Ernennung der Berichterstatter stattfinden, genügen müssen; das Amendementsrecht ist nach den Bestimmungen des Senatsbeschlusses vom 18. Juli 1866 geordnet, so daß den Deputirten Veränderungen an den Gesetzentwürfen zu beantragen erlaubt ist. Das Interpellationsrecht ist so eng wie möglich eingeschnürt und die betreffenden Bestimmungen nicht geeignet, große Erwartungen zu rechtfertigen.

Paris, 8. Februar. Die heutigen Abendblätter sind in übler Laune. Die neuen Reglements gefallen ihnen nicht im geringsten und sie sehen nicht ohne Unruhe den Projekten über die Presse und das Vereinsrecht entgegen. Was sie jedoch heute besonders besorgt macht, ist das Rundschreiben des General-Postdirectors Bandal, das gestern die „Gazette de France“ brachte und worin den Direktoren sämtlicher Post-Bureaux in Frankreich erlaubt und befohlen wird, alle bei ihnen ankommenden Briefe zu erbücheln, um zu sehen, ob sich nicht das Schreiben des Grafen von Chambord darin befindet. Sie sehen darin einen Amtsmiß-

brauch des General-Postdirektors, den man um so übler aufnimmt, als derselbe in der letzten Kammer-Session, wo man ihn fragte, ob er dem Polizei-Präsidenten Briefe ausliefern würde, wenn auch keine gerichtliche Untersuchung begonnen habe, mit einem kräftigen „Nein“ antwortete. Die Oppositionsblätter sind aber dies Mal nicht allein mit Unwillen erfüllt, sondern auch die sonst so moderate „Presse“ stimmt in den Ton derselben ein und verbirgt keineswegs ihre Entrüstung darüber, daß jetzt die Geheimnisse aller Familien jedem beliebigen Postbeamten Preis gegeben seien! Die Postbeamten selbst sind übrigens nicht minder über die Instruktion ihres höchsten Chefs entsetzt und mehrere derselben haben sich bereits offen gewelgert, seinen Instruktionen Folge zu leisten. Der Sturm, den der General-Direktor gegen sich hervorgerufen, ist übrigens so groß, daß er wahrscheinlich in den Senat wird wandern müssen.

London, 7. Februar. Ein Rechtsanwalt des Jamaica-Comitès, begleitet von John Stuart Mill und P. A. Taylor (Parlaments-Mitglied für Leicester), als Vertreter der klagenden Partei, erschien gestern vor dem Polizeigerichte in Bow Street, um Verhaftsbefehle gegen den Lieutenant Brand und den Obersten Nelson unter der Anklage der Ermordung Gordon's zu erwirken; da der Richter zuerst Zeugenbeweise verlangte, daß die beiden Offiziere sich innerhalb seines Gerichtsbezirkes befänden, so werden die Verhaftsbefehle erst heute oder in den nächsten Tagen ausgefertigt werden. Des Ex-Gouverneurs Eyre wurde noch nicht gedacht, weil er sich nicht in dem Gerichtsbezirk von Bow Street aufhält, doch hat sein Rechtsanwalt erklärt, daß er sich der Untersuchung stellen werde. Eyre ist bekanntlich sonst ein persönlich ehrenwerther Charakter, was man von Nelson und Brand wohl nicht so bestimmt behaupten kann. Was die Hinrichtung Gordon's betrifft, so recapitulieren wir kurz den Vorgang: Nachdem am 7. Oktober die blutigen Ereignisse in Morant Bay vorgefallen waren, wurde am 13. Oktober über die Grafschaft Surrey, mit Ausnahme der Stadt Kingston, der Belagerungs-Zustand verhängt. In Kingston lebte damals George William Gordon, ein Mitglied der Legislatur von Jamaica. Dieser wurde am 17. Oktober durch den Gouverneur Eyre selbst verhaftet und an Bord des Schiffes „Wolverine“ gebracht, welches ihn nach Morant Bay, wohl zu merken, aus der nicht unter Kriegsrecht stehenden Stadt in die militärische Jurisdiktion herüber beförderte. Hier wurde er vor das Kriegsgericht gestellt, dessen Präsident der Lieutenant Brand und dessen Beisitzer Lieutenant Errington und Fähnrich Kelly waren. Um die drei jugendlichen Offiziere von seiner Mitschuld an der vermeintlichen Verschwörung zu überzeugen, bedurfte es nicht vieler Beweise. Brand sprach das Todesurtheil aus, der Oberst (oder damals zeitweilige Brigadegeneral) Nelson bestätigte es und am 23. Oktober wurde Gordon gehängt, während inzwischen auch die Zustimmung des Gouverneurs Eyre eingetroffen war. Das Jamaica-Comitè gründet auf dieses Faktum gegen Brand, Nelson und Eyre die Anklage des Mordes.

Madrid, 2. Februar. Die Regierung beschäftigt sich ausschließlich mit den bevorstehenden Wahlen. Sie sondirt mit der größten Vorsicht ihre Kandidaten, erforscht die politischen Antecedenten derselben und besetzt alle diejenigen, auf welche der geringste Verdacht ruht, daß sie der Regierung nicht blindlings ergeben sein möchten. Die Gouverneure haben Befehl erhalten, alle vom Ministerium nicht genehmigten Kandidaturen mit allen möglichen Mitteln zu bekämpfen.

Madrid, 6. Februar. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die kaum gedämpfte Gährung nicht bloß in der Unzufriedenheit mit der Regierung zu suchen ist, daß vielmehr der Plan, die beiden Staaten unserer Halbinsel nach dem Beispiele Italiens zu vereinigen der Konspiration zu Grunde lagen, deren Fäden nicht nur in beiden Nachbarstaaten, sondern auch in Italien zu suchen sind.

Athen, 4. Februar. Die Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach zwei Panzerfregatten und eine Korvette angekauft werden sollen. Eine Gesetvorlage in Betreff der Anerkennung der englischen Anleihe vom Jahre 1825 ist vom Finanzminister eingebracht worden. Eine neue Anleihe wird beabsichtigt. Nach Bulgarest, Serbien und Montenegro sind Geheimboten abgegangen. Eine ausgedehnte Propaganda arbeitet, die türkischen Grenzprovinzen zu revolutionären.

Mexiko. Belgische Blätter veröffentlichen die Proklamation, datirt Orizaba, 6. Dezember, durch welche Maximilian der belgischen Legion ihre Auflösung anzeigt. Kaiser Max versichert derselben, die Erinnerung an ihre Dienste würde ewig in seinem Herzen eingegraben sein und ihre glänzenden Waffenthaten würden die Kriegsannalen Belgiens auf's Schönste bereichern. Da indeß seine Regierung beschloffen habe, hinfort nur eine nationale Armee zu haben, so müßte die Legion aufgelöst werden, ihre Soldaten würden somit des Eides, ihm sechs Jahre zu dienen, entbunden, und es stände ihnen die Wahl frei, in ihr Vaterland zurückzulehren oder in die mexikanische Armee einzutreten. Im letzteren Falle würden sie vom Sergeanten bis zum Oberstleutnant aufwärts einen Grad hinaufsteigen, würden naturalisirt und müßten natürlich sich den Gebräuchen der mexikanischen Armee fügen. Nach Ablauf ihrer Dienstzeit erhielten sie, jeder nach Maßgabe seines Grades, Landschenkungen. Wer dagegen nach seiner Heimath zurückkehren wolle, solle auf Kosten der Regierung befördert werden und obendrein eine Gratifikation erhalten. Invaliden endlich würden anständige Belohnungen zugesichert werden und die Regierung werde sich mit Maßregeln beschäftigen, um ihnen Kompensationen zu gewähren. Wie weit Maximilian diese den fremden Soldaten gemachten Versprechungen halten kann, steht dahin.

Pommern.

Stettin, 11. Februar. Gestern Mittag hatte der Herr Oberbürgermeister die hiesigen Wahlvorsteher zu einer Besprechung bezüglich der morgenden Wahlen im Rathhause versammelt. — Im Laufe des heutigen Tages erfolgte die Aufstellung der Wahlurnen in den einzelnen Wahllokalen.

— Ein hiesiger Kaufmann hatte bereits seit Weihnachten die Entdeckung gemacht, daß der auf dem Boden seines Speichers lagernde Stangenzinn wiederholt bestohlen wurde; das Manko betrug ca. 50 Pfd. im Werthe von 20 bis 22 Thlr. Fortgesetzte Beobachtungen führten nun vor einigen Tagen zu dem Resultate, daß zwei auf dem Lagerboden beschäftigte Böttcherlehrlinge in dem Augenblick abgefaßt wurden, als sie eben im Begriff waren, Zinn

aus einer Kiste zu stehlen. Beide haben die wiederholte Verübung früherer ähnlicher Diebstähle, sowie den Verkauf des gestohlenen Zinns an einen Handelsmann in Bollingen zugestanden.

— Wie wir hören, haben die hiesigen Handlungslehrlinge in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung die Bildung eines selbstständigen Vereins beschlossen, in dem wissenschaftliche Vorträge gehalten werden sollen.

— Bei der Aufnahme der diesjährigen Stammrollen sollen bisher noch viele junge Leute — in Abwesenheit derselben deren Angehörige, Vormünder u. — die erforderliche Anmeldung unterlassen haben. Im Interesse der Beteiligten und um Strafen und größere Unannehmlichkeiten zu verhüten, ist es rathsam, das Versäumte noch spätestens in diesen Tagen nachzuholen.

— In der verflochtenen Nacht bemerkte der Wächter auf dem Jakobi-Kirchhofe zwei Männer, welche vor dem Eingange zur Kirche an der Thurmseite ein Loch gruben, in dessen die Flucht ergriffen, als der Wächter näher kam und an der betreffenden Stelle ein sogen. Vistireisen zurückließen. In dem Loche hat sich bei demnächstiger Untersuchung nichts Verdächtiges vorgefunden.

— Der Gerichts-Assessor Erdmann bei dem Kreisgerichte in Neustettin ist zum Kreisrichter mit der Funktion als Gerichts-Kommissarius in Rugebuhr ernannt.

Stargard, 10. Februar. Die Steuerbehörde soll vor einigen Tagen einer schon längere Zeit hindurch betriebenen Defraudation an Mehl auf die Spur gekommen sein und hat zur weiteren Ermittlung der Teilnehmer die Polizei-Behörde hier in Anspruch genommen.

++ **Preis, 9. Februar.** Anfangs Januar d. J. brannte die Windmühle in Clemmen und vor acht Tagen die in Friedrichsthal ab. Der Brandstiftung höchst verdächtig ist ein Müllergeselle, welcher am Tage des Brandes in Friedrichsthal kurze Zeit vor Ausbruch des Feuers sich auf der Mühle befunden hatte, weshalb seine gerichtliche Verhaftung erfolgt ist. — Gestern wurde eine Persönlichkeit aus Stargard, welche die hiesige Gegend bereiste und für den Gutsbesitzer Mühlentack-Wachlin Stimmen sammelte, resp. die Einwohner zur Wahl für diesen Herrn animiren wollte, von einem Schützen des diesseitigen Kreises verhaftet und per Transport dem hiesigen Rentamte zugesandt.

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 9. Februar. Heute Morgen starb hier nach kurzer Krankheit der langjährige Leiter des bekannten Instituts der „Hamburger Börsenhalle“, Herr Julius Reinhold.

Kassel, 9. Februar. (Privatdepesche der „Post“.) Heute morgen 11 Uhr langte von Fulda die telegraphische Nachricht hierher, daß in verwichener Nacht ein wolkenbruchähnlicher warmer Regen den mehrere Fuß hohen Schnee der Rhön und anderer Gebirge plötzlich flüssig gemacht und die Wassermassen dem Fuldabett zuströmten. Nachmittagsbericht lautete, das Wasser sei höher als in 1841 (jemals höchster Stand) und von Hersfeld traf Bericht ein, Wasser im Anzug und fortwährend im Steigen. An den Bauten der Fulda-Berliner Bahn viel Schaden angerichtet. Das Bahngelände scheint ähnlich heimlich, da der Berlebe gehemmt ist.

Wien, 10. Februar, Vormittags. Wie die „Neue Freie Presse“ wissen will, soll Staatsrath von Halbhuber zum Minister des Innern designirt sein.

Paris, 10. Februar, Morgens. Der „Moniteur“ veröffentlicht ein Dekret, durch welches die Einfuhr und der Transit von Hausthieren entlang der gesammten nördlichen Grenze von Dänemark bis zum Rhein wegen der in Belgien ausgebrochenen Rinderpest untersagt wird.

Florenz, 9. Februar, Abends. Die Kirchengüter-Kommission hat den Abgeordneten Crispi zum Berichterstatter für das Plenum ernannt mit der Ermächtigung, dem Hause Ablehnung des Scialojaschen Projekts zu empfehlen. Bezüglich des politischen Theiles des Gesetzentwurfes lehnte es die Kommission einstimmig, bezüglich des finanziellen Theiles mit 5 gegen 4 Stimmen ab, einen Gegenentwurf aufzustellen.

London, 9. Februar, Nachm. Die „Asia“ hat folgende Nachrichten aus Newyork vom 31. v. Mts. überbracht: Präsident Johnson hat gegen die Bills, welche Nebraska und Colorado als Staaten anerkennen, sein Veto eingelegt. Der Unions-Gesandte in Wien, Motley, hat seinen Abschied genommen.

Aus Veracruz vom 24. Dezember v. J. wird gemeldet, daß der Quarantäne-Befehl haben in Mazatlan den dortigen amerikanischen Konsul Carman hatte hinrichten lassen, weil derselbe beschuldigt wurde, zwei Mexikaner getödtet zu haben. Der Kommandeur eines Unions-Kanonbootes forderte Genußgung und bombardirte, weil dieselbe verweigert wurde, die Stadt.

London, 8. Februar, Getreidemarkt (Schlußbericht). Für englischen Weizen bessere Nachfrage als letzten Montag; fremder zu höchsten Montagspreisen fest gehalten. Frühjahrsgetreide ruhig. — Wetter trübe.

London, 10. Februar, Vorm. Aus Newyork wird vom 7. Morgens gemeldet: Das Rekonstruktions-Comitè hat im Repräsentantenhause über die Bill Bericht erstattet, laut welcher die an der Injurktion betheiligt gewesen Staaten in fünf Militair-Distrikte eingetheilt und der Verwaltung von Gouverneurs unterstellt werden sollen.

Konstantinopel, 9. Februar. Die Thronrede der Königin von Großbritannien wird hier allgemein mit Vertrauen aufgenommen. Die Koufe der türkischen Staatspapiere haben sich gehoben. Die Meldung, daß auf der Insel Chios Unruhen stattgefunden, bestätigt sich nicht.

Das türkische Journal „Havandis“ erklärt: Nicht der Westen Europas, sondern die Türkei selbst werde aus eigener Initiative die orientalische Frage zur Lösung bringen, und zwar durch Emanzipation der Christen, durch Herstellung eines guten Einvernehmens mit den Muselmanen und durch Einberufung einer National-Versammlung.

Bukarest, 9. Februar. Der Minister des Auswärtigen, Stirbey, ist in außerordentlicher Mission nach Wien gereist.

Fürst Karl und dessen Bruder, der Prinz Friedrich von Hohenzollern, treffen übermorgen in Bukarest ein.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 11. Februar. Es wird versichert, Preußen werde Dresden erst räumen, nachdem sein Dislokations-Recht über alle Bundes-Truppen zur zweifellosen unbedingten Geltung gelangt ist.

Vermischtes.

— Auf dem letzten Oper-Maskenballe in Wien ereignete sich, nach dortigen Blättern folgender Vorfall, der der Hauptstadt viel zu reden giebt. Ein schwarzer Domino verfolgte mehrere Stunden ein Paar Masken, die sich seiner Zudringlichkeit kaum erwehren konnten. Die Verfolgten waren der Sache endlich müde und einschloffen sich, den Ball zu verlassen. Aber auch draußen war ihnen der Domino auf der Ferse. Derselbe sprang auf den Kavaller zu, dem er ein Fläschchen mit ätzender Flüssigkeit in das Gesicht schleuderte. Der Betroffene schrie laut auf, und seine Dame fiel in Ohnmacht. Polizeilagenten bemächtigten sich des Domino, dessen Maske man abriß. Wie erstaunt war man aber, als man in dem Domino eine der vornehmsten Damen aus Wien erkannte, die einige Tage früher auf gerichtlichem Wege von ihrem Manne geschieden worden und an dem sie sich jetzt rächen wollte. Der junge Mann ist furchtbar entsetzt und hat ein Auge verloren; die zärtliche Gemahlin aber hat auch ihren Lohn davon, denn in ihrer Hast hat sie sich ihren Vorderarm so verletzt, daß die Aerzte eine Amputation für nöthig halten.

— Eine originelle Wählerversammlung fand, wie die „Pr.“ meldet, jüngst in Prag statt. Ein Redner, welcher den vom Tschechischen Wahlkomitè für die Josefsstadt vorgeschlagenen Kandidaten B. empfahl, schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Doch wozu die Worte? Hier nehme ein Jeder eine weiße Kugel (Herr B. hatte dieselben besonders anfertigen lassen) und einen Neukreuzer; wer für Herrn B. ist, lege die Kugel, und wer nicht für ihn ist, lege den Neukreuzer in meinen Hut.“ Sämmtliche Wähler legten nun die Kugeln in den Hut und die Neukreuzer befestigten sie! Der Hut wurde alsdann auf die Tafel gestellt, mit einer Zeitungsnummer der „Politik“ zugeeckt, Herr B. in den Saal gerufen und im Triumph zu dem Hut geführt. Die Wähler wurden hierauf in der herzlichsten Weise entlassen — bereichert um den bewußten Neukreuzer.

Literarisches.

Hirth's Parlaments-Almanach, Februar 1867. Unter diesem Titel ist ein kleines Buch erschienen, das über alle bis Ende Januar 1867 bekannt gewordenen Kandidaten zum norddeutschen Reichstage kurze Angaben über ihr Alter, Lebensstellung, politische Richtung und bisherige Wirksamkeit bringt. Außerdem enthält dasselbe eine Uebersicht der Wahlkreise nebst den für jeden Kreis aufgestellten Kandidaten, die deutsche Reichsverfassung von 1849, den preussischen Verfassungs-Entwurf vom 14. Juni 1866, das preussische Reichswahlgesetz vom 15. Oktober 1866 und das preussische Wahlreglement; kurz es enthält alle den Wählern wünschenswerthen Angaben, soweit sich diese in einem so kleine Buche bringen lassen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. Februar. Witterung: schön. Temperatur + 8° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85 Pfd. gelber 85—87 $\frac{1}{2}$ R., grüner 70—80 $\frac{1}{2}$ R. bez., 83—85 Pfd. gelber Frühj. 84 $\frac{1}{2}$ R. bez. u. Ob., Mai-Juni 85 $\frac{1}{2}$ R. bez. u. Br., Juni-Juli 85 $\frac{1}{2}$ R. bez. u. Ob.
 Roggen matter, pr. 2000 Pfd. loco 55—56 $\frac{1}{2}$ R. bez., Frühjahr 54 $\frac{1}{2}$ R. bez., Br. u. Ob., Mai-Juni 54 $\frac{1}{2}$ R. bez., Br. u. Ob., Juni-Juli 55 $\frac{1}{2}$ R. Br. u. Ob.
 Erste loco per 70 Pfd. 46 $\frac{1}{2}$ —48 $\frac{1}{2}$ R. bez., schlief. Frühjahr 69 bis 70 Pfd. 49 $\frac{1}{2}$ R. Br., pr. Connoissement 47 $\frac{1}{2}$ R.
 Safer loco pr. 50 Pfd. 29—30 $\frac{1}{2}$ R. bez., 47—50 Pfd. Frühjahr 31 Br., 30 $\frac{1}{2}$ R. bez. u. Ob.
 Erbsen, Frühjahr Futter 56 $\frac{1}{2}$ R.
 Rübsen stille, loco 11 $\frac{1}{2}$ R. Br., Februar 11 $\frac{1}{2}$ R. Br., April-Mai 11 $\frac{1}{2}$ R. Br., 11 $\frac{1}{2}$ R. Ob., September-Oktober 11 $\frac{1}{2}$ R. Br.
 Spiritus stille, loco ohne Faß 16 $\frac{1}{2}$ R. bez., mit Faß 16 $\frac{1}{2}$ R. bez., Februar 16 $\frac{1}{2}$ R. nom., Frühjahr 16 $\frac{1}{2}$ R. Br., $\frac{1}{2}$ Ob., Mai-Juni 16 $\frac{1}{2}$ R. Br.

Stettin, den 11. Februar.

Berlin	kurz	—	Pom. Chaus-	5	—
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	—	—
Hamburg	6 Tag.	151 $\frac{1}{2}$ G	Used. - Wollin.	—	—
"	2 Mt.	151 $\frac{1}{2}$ B	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 $\frac{1}{2}$ G	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
London	10 Tag.	6 24 $\frac{1}{2}$ B	Pr. See-Assec.	—	—
"	3 Mt.	6 24 $\frac{1}{2}$ B	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tag.	81 $\frac{1}{2}$ G	Pomerania	4	112 G
"	2 Mt.	—	Union	4	102 B
Bordeaux	10 Tag.	—	St. Speich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.	—	—
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	650 B
St. Petersburg	3 Woch.	—	N. St. Zucker-	—	—
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-	—	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 $\frac{1}{2}$ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl. 5457	4 $\frac{1}{2}$	—	Bredower	4	—
"	5	—	Walzmühl.-A.	5	—
St.-Schlds.	3 $\frac{1}{2}$	—	St. Portl.-Cem.	—	—
P. Präm.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	—	Fabrik	4	—
Pomm. Pfdbr.	3 $\frac{1}{2}$	90 $\frac{1}{2}$ B	Stett. Dampf-	—	—
"	4	—	Schlepp-Ges.	5	250 B
"	4	—	Stett. Dampf-	—	—
Rentend.	4	—	schiffs-Verein	5	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—	N. Dampfer-C	4	93 B
à 500 Rtl.	4	—	Germania	4	100 B
Berl.-St. Eis.	4	—	Vulkan	4	69 B
Act. Lt. A. B.	4	—	Stett. Dampf-	—	—
"	4	—	mühlen-Ges.	4	101 B
"	4 $\frac{1}{2}$	—	Pommerensd.	—	—
Starg.-P.E.A.	4 $\frac{1}{2}$	95	Chem. Fabrik	4	—
"	4	—	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Stdt.-O.	4 $\frac{1}{2}$	98 $\frac{1}{2}$ B	Stettin. Kraft-	—	—
Stett. Börsch.	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
Obligationen	4	—	Gemeinnützige	—	—
St. Schausp.-	5	—	Bauges.-Anth.	5	—
Obligationen	5	—			

Die Verlobung meiner Tochter Emma mit dem Herrn Carl Schimmelpennig beehre ich mich hiermit ergebenst anzuzeigen.
 Stettin, den 11. Februar 1867.
 Bewittwete Rechnungs-räthin Schröder.